

## Beschlussvorlage

Gemeinde: Schönwald



☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus	
				vorberatend	beschließend
Ortsbeirat/Ortsvorsteher - OT Schönwalde	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ortsbeirat/Ortsvorsteher - OT Waldow	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ortsbeirat/Ortsvorsteher	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Gemeindevertreterversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>	09.09.2025			<input checked="" type="checkbox"/>

**Beratungsgegenstand:** Vorschlag zur Verwendung der Sonderrücklage aus nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Lerch - KÄ	36-2025	04.06.2025

### **A. Beschlussvorlage:**

#### **Die Gemeindevertretung beschließt:**

den Einsatz der Sonderrücklage aus nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen mit einem Betrag von 300.000 € für die Baumaßnahme „Containererweiterung der Grundschule (Modulbau)“.

#### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Laut Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) erhalten die Gemeinden investive Schlüsselzuweisungen. Sie werden zum Ausgleich mangelnder Steuer- und Umlagekraft gezahlt und dienen der Deckung des Investitionsbedarfs, insbesondere für die Instandsetzung, Erneuerung und Erstellung von Einrichtungen und Anlagen der infrastrukturellen Grundversorgung. Diese Schlüsselzuweisungen sind somit zweckgebunden für Investitionen zu verwenden. Sie sind für Maßnahmen einzusetzen, die rechtlich und zwingend notwendig sind. Gemäß § 22 Abs. 2 KomHKV ist eine Sonderrücklage für noch nicht verwendete investive Schlüsselzuweisungen zu bilden.

Die Sonderrücklage aus nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen beträgt 346.244,00 € zum 31.12.2024 (vorläufiger Stand, Aufstellung des Jahresabschlusses ist noch nicht erfolgt).

Die Investitionskosten für die Baumaßnahme „Containererweiterung der Grundschule (Modulbau)“ einschl. Möblierung beträgt mit derzeitigem Stand ca. 1.710.000 €. Hierfür werden vsl. bereits zugesagte Fördermittel i.H.v. 830.000 € abgerufen.

Der Werteverzehr (Abschreibung) von Investitionen wird mit Inbetriebnahme gleichmäßig auf die Nutzungsdauer verteilt, in den Ergebnishaushalt verbucht. Gibt es Fördermittel für diese Investitionen werden sie nach dem gleichen Prinzip der Aufteilung als Ertrag (Sonderposten) im Ergebnishaushalt verbucht und die ergebniswirksame Belastung des kommunalen Haushaltes mindert sich.

Ähnlich wie die Fördermittel kann auch die Sonderrücklage aus investiven

Aufgrund der hohen Sonderrücklage und des erheblich gestiegenen Eigenanteils der Gemeinde für die vorgenannte Maßnahme nach der Ausschreibung empfiehlt die Verwaltung, einen Betrag von 300.000 € für die Maßnahme aus der Sonderrücklage aus nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen einzusetzen und damit nach Inbetriebnahme des Modulbaus die zukünftige Belastung des Ergebnishaushaltes zusätzlich zu mildern.

## Finanzielle Auswirkungen

□ Investment

☐ Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart.

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
 noch verfügbare Mittel \_\_\_\_\_ €  
 Vergabevorschlag \_\_\_\_\_ €.

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:

### **C. Beschluss:**

**Die Gemeindevertretung beschließt:**

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage  
oder  
Ablehnung der Beschlussvorlage**

#### **Zustimmungsempfehlung Ortsbeirat/Ortsvorsteher -Ort- :**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Zustimmungsempfehlung Ortsbeirat/Ortsvorsteher -Ort- :**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Zustimmungsempfehlung Ortsbeirat/Ortsvorsteher -Ort- :**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

	Sichtvermerk	
Datum/Unterschrift Vorsitzende/r	Datum/Unterschrift Amtsleiter/in	Datum/Unterschrift Amtsdirektor

**B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorsteher zur Vorlagennummer 36-2025:**

**Beratungsgegenstand:** Vorschlag zur Verwendung der Sonderrücklage aus nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen

Ortsbeirates/Ortsvorsteher: \_\_\_\_\_

☐ Zustimmung      ☐ Ablehnung

Begründung bei Ablehnung:

**Abstimmungsergebnis des Ortsbeirates/Ortsvorsteher:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

Datum
Unterschrift des Vorsitzenden des Ortsbeirates/Ortsvorstehers

**Diese Originalseite ist, vor Sitzungsbeginn, dem ehrenamtlichen Bürgermeister vorzulegen.**